GURGISER & Team
Josef Heiss Straße 74
6134 VOMP
fritz.gurgiser@a1.net
t.schnitzer@gmx.at
www.gurgiser-team.at

GURGISER & Team
EINMISCHEN • VERANTWORTEN

Herrn
Bundeskanzler
Werner Faymann
Ballhausplatz 2
1014 WIEN

Herrn
Vizekanzler
Dr. Michael Spindelegger
Ballhausplatz 2
1014 WIEN

Vomp, 24. Februar 2014

HYPO ALPE ADRIA BANK AG:

„Milliardenschuldenverlagerung“ in eine Anstalt – Erweiterung unserer Anfrage nach dem Bundesauskunftspflichtgesetz vom 16. Februar 2014 – Gesetzesprüfungsverfahren gem Art 140 Abs 1 Z 3 B-VG.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrter Herr Vizekanzler,

wir wurden auf Grund unserer Anfrage darauf hingewiesen, dass es angesichts der finanziellen Situation der Republik Österreich (derzeitiger Schuldenstand rund 236 Milliarden Euro) angemessen wäre, im Zuge der Aufarbeitung sämtlicher Vorfälle rund um die Hypo Alpe Adria Bank AG auch den Antrag zu stellen, dass die **Republik Österreich in einem Gesetzesprüfungsverfahren gem Art 140 Abs 1 Z 3 B-VG die Landeshaftung des Bundeslandes Kärnten beim Verfassungsgerichtshof bekämpfen** möge. Damit im Falle der Verfassungswidrigkeit dieses Landesgesetzes, im Besonderen § 5 des Kärntner Landes-Holding Gesetzes, dieses Gesetz rückwirkend aufgehoben und die österreichischen SteuerzahlerInnen nicht für etwas bezahlen müssen, was andere unter äußerst bedenklichen Umständen und aus unserer Sicht sittenwidrig, fahrlässig und grob verantwortungslos verursacht haben. Jahrelang (!) unter dem „Schutz“ oder dem „Wegschauen“ aller interner wie externer Kontrollinstanzen.

Daher ergänzen wir unsere drei Fragen vom 16. Februar 2014 im „öffentlichen Interesse“ wie folgt:

Sind Sie bereit, das Kärntner Landesholding-Gesetz auf seine Verfassungskonformität vom Verfassungsgerichtshof prüfen zu lassen?

Wenn nein, aus welchem Grund wollen Sie die von uns geforderte Verfassungskonformität dieses Kärntner Landesgesetzes vom Verfassungsgerichtshof nicht prüfen lassen?

Mit einem bemerkenswerten Hinweis wollen wir auf eine unglaubliche Dramatik verweisen: In zahlreichen Medien wurde im März 2010 von einem Mitglied der damaligen Bundesregierung mit einem sehr liebenswerten Kindergesicht inseriert, dass dieses Kind bereits einen Schuldenrucksack in Höhe von **23.901 Euro** umgehängt hat (siehe Bild).

Nun ist das Kind 4 Jahre älter und der Schuldenrucksack bereits auf **31.630,00 Euro** gewachsen.

Mit den 3,6 Hypo-Milliarden, die schon „geflossen“ sind, aber noch **ohne** ASFINAG, ÖBB inkl. der „Tunnelblase Semmering-Koralm-Brenner“. In knapp 4 Jahren eine Erhöhung um **+ 32,33 %.**

Ob das mit dem Satz: „**Deshalb müssen wir handeln. Gemeinsam**.“ gemeint war, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die **Familienbeihilfe** ist seit dem Jahr 2000 **gleich geblieben**, wurde **nicht einmal** der Inflation angeglichen – rund **30 % Wertverlust!** Sie soll bspw. ab Juli dieses Jahres für Kinder ab 3 bis 9 Jahren von € 112,70 auf € 117,30, also um monatlich **€ 4,60** erhöht werden. Dazu braucht es, alles muss seine „Ordnung“ haben, eine lange Begutachtung, so etwas kann bspw. nicht mit „**Not der Kinder**“ begründet werden. Die auch deshalb entstanden ist, weil die Eltern durch **jahrzehntelange Reallohneinkommensverluste** unter hohen finanziellen Druck geraten sind. Nur aus den bereits geflossenen 3,6 Milliarden Euro könnten die von Ihnen geplanten Erhöhungen im Familienbereich für **mehr als 21 Jahre finanziert** werden.

Es macht uns in diesem Zusammenhang sehr betroffen, wie gering die **Wertigkeit eines Kindes bzw. unserer Familien** in unserer Republik festzustellen ist. Mit diesem Hinweis wollen wir damit aufrütteln und darauf verweisen, unter welchen Druck die nächsten Generationen mit dem heutigen Schuldenberg bereits stehen. Und es notwendig ist, diesen Schuldenberg abzubauen. Ohne Polemik stellt sich die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, **Familien und ihre Zukunft (statt der Hypo) „notzuverstaatlichen“** und ihnen die Inflation abzugelten. Was Familien und Kindern zugutekommt, fließt im Umweg über Steuern und Abgaben wieder zurück in den Bundeshaushalt. Was Spekulanten, Hasardeuren, Abzockern und anderen nachgeworfen wird, ist für die Republik verloren. Deshalb unser abschließendes Anliegen in einem Satz zusammengefasst: Beachten Sie vor jeder Entscheidung den schon heute „**milliardenschweren Schuldenrucksack von uns und den, den Sie den nächsten Generationen mitgeben und verantworten müssen**“.

Wir ersuchen um fristgerechte Beantwortung unserer Anfrage und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Fritz Gurgiser, Obmann *Ing. Thomas Schnitzer, Obmann-Stv.*